

Gegenstand: Sachstand zur Entwicklung des Polygongelände; mündlicher Bericht durch die FIRU mbH

Der Vorsitzende begrüßt Frau Herz vom Büro Firu. Frau Herz informiert über den Sachstand zur Entwicklung des Polygongeländes: In der Masterplanphase sei das Nutzungsszenario „Energieinsel“ zur weiteren Ausarbeitung empfohlen worden. Die jeweiligen Flächenanteile sollten im Hinblick auf die Wirtschaftlichkeit für die verschiedenen Nutzungen überprüft werden. Dabei sollte auch die Vereinbarkeit des Nutzungsszenarios „Energieinsel“ mit anderen Nutzungsszenarios überprüft werden, z.B. Kleingartenanlage oder Sport- und Freizeitnutzung. Die SWS hätten Interesse an Erwerb und Entwicklung eines Teils der Fläche gezeigt, sie stellten die Tragfähigkeit der Nutzungsoption „Energieinsel“ inzwischen jedoch in Frage. Der LBM habe Interesse an der Nutzung eines etwa 3 ha großen Teils der Fläche. Dort sei die Unterbringung der Straßenmeisterei beabsichtigt, mit Zentralwerkstatt, Verwaltungsgebäude, Salzhalle und Unterstellmöglichkeiten für Fahrzeuge. Eine direkte An- und Abfahrt von der B 9 sei beabsichtigt, allerdings nur für Betriebszwecke. Zeitlich sei das frühestens für die Jahre 2020 – 2022 vorgesehen. Darüber hinaus sollte nach weiteren, ergänzenden Nutzungen gesucht werden und ein städtebaulicher Rahmenplan mit diesem Nutzungsmix, einschließlich einer Grobbewertung möglicher Nutzungsoptionen, erarbeitet werden. Es sei auch die Nutzbarmachung der Fläche zwischen Polygongelände und Siedlungskörper Oberkämmerer geprüft worden, z.B. für eine Wohnnutzung. Diese Prüfung habe jedoch aus verschiedenen Gründen zu einem negativen Ergebnis geführt: es sei ein Zielabweichungsverfahren erforderlich, dort sei ein Vorranggebiet Landwirtschaft, zum Teil liege die Fläche im Wasserschutzgebiet, die Fläche sei ein sehr wichtiger Frischluftkorridor für die Stadt und habe damit eine sehr hohe Bedeutung für das Stadtklima; es wären erhöhte Ausgleichsmaßnahmen erforderlich, darüber hinaus gebe es einen Altlastenverdacht, es wären Maßnahmen zur Lärmreduzierung erforderlich, durch die Barriere Wirkung der B 9, B 39 und der Bahn ergebe sich eine Insellage, wodurch eine problematische innerstädtische Verkehrsanbindung resultieren würde. Bedarfsabfragen zur Untersuchung weiterer Nutzungsoptionen seien z.Zt. im Gange. Ein Landschaftsplaner sei beauftragt worden die naturschutzfachlichen Gegebenheiten zu prüfen. Die Ergebnisse seien erforderlich, um mit möglichen Interessenten oder Investoren in Gespräche gehen zu können. Erste, vorläufige Ergebnisse würden vorliegen. Nach Einschätzung des Landschaftsplaners handle es sich um ein komplexes Biotop, mit Schutz- und Erhaltungszielen gemäß Biotopkataster. Allerdings sei das aktuell nicht mehr wahrnehmbar, da im Laufe der Zeit eine hohe Verbuschung stattgefunden habe. Dennoch sei es ein geschützter Landschaftsbestandteil. Die Flächen hätten eine hohe und zum Teil sehr hohe naturschutzfachliche Wertigkeit. Es gebe hochwertige Gehölzstrukturen. Insgesamt sei es eine hochwertige Fläche, wie eine Insel innerhalb einer relativ ausgeräumten, sonst agrar genutzten Landschaft. Es werde eine hohe artenschutzfachliche Wertigkeit erwartet.

Dr. Wilke fragt nach dem zeitlichen Ablauf, was es z.B. für Fristen für die Rückmeldungen gebe.

Frau Herz antwortet, nachdem die Zwischenergebnisse des Landschaftsplaners vorliegen, sei beabsichtigt den nächsten Schritt zu gehen und so eine Art kleine Exposés zu machen um dann eine Bedarfsabfrage bei externen Investoren für einige der genannten Nutzungen durchzuführen. Das werde dann wohl bis Ende des Jahres gehen. Wenn dann Klarheit be-

stünde, werde versucht die städtebauliche Planung im Verlauf des 1. Teils des neuen Jahres zu machen.

Der Vorsitzende ergänzt, der LBM als Landesbetrieb habe vorrangige Zugriffsmöglichkeiten. Wenn der LBM in den südwestlichen Bereich gehe, dann sei der weitere westliche Bereich von der Nutzung her nicht mehr so interessant. Man könne ihn dann relativ schnell renaturieren. Dann stelle sich die Frage, ob die Stadt die Fläche haben wolle, z.B. um den Ökoausgleich zu verbessern. Er gehe davon aus, dass die Antwort im Laufe des 1. Halbjahres 2018 abzusehen sei.

Dr. Wilke bemerkt, es könnte auch Interessenten geben, die nicht mit Exposés ausgestattet würden. Das Ganze sollte breiter angelegt werden. Selbst wenn die Stadt nicht kaufen wolle, habe sie doch Planungshoheit, deshalb sei es schon von großem Interesse zu wissen, wohin die Reise gehe. Es gebe vielleicht auch aus Speyer geeignete Nutzungen.

Der Vorsitzende antwortet, die Stadt habe Planungshoheit, aber man werde erst nach den Untersuchungen wissen, in welche Bereiche man überhaupt planen könne.

Frau Herz erklärt, in diesem Jahr würden die Exposés erarbeitet und dann würden die Gespräche beginnen. Im neuen Jahr werde man wissen, ob man überhaupt eine städtebauliche Planung oder Rahmenplanung benötige. Es gebe schon eine Sammlung von denkbaren Nutzungen. Man habe in einer Grobbewertung mit unterschiedlichen Kriterien schon mal geprüft. Dabei seien aufgrund der Lage, der Beschaffenheit der Fläche, der Schutzwürdigkeit und auch aufgrund von Erschließungszwängen schon einige Nutzungen rausgefallen oder stünden in Konkurrenz mit anderen Flächen.

Der Vorsitzende ergänzt, z.B. sei die energetische Nutzung durch die SWS ausgeschlossen, weil die Prüfung ergeben habe, dass es sich für die SWS nicht lohne. Die SWS seien nicht ganz raus, aber die erste Idee, „Energieinsel“, habe mit diesen Flächen nicht funktioniert.

Dr. Lorenz regt an, dort Photovoltaikanlagen aufzuständern und als Carports mit Ladestation auszustatten, so dass die Energie gleich zur Ladung von Elektromobilen genutzt werden könne. Es wäre auch gut, wenn Benziner dort parken könnten, die dann nicht erst in die Stadt fahren würden. Stattdessen könnte ein Shuttledienst eingerichtet werden. Die SWS könnten da mitwirken.

Dr. Wilke erklärt, die CDU stehe der „Energieinsel“ positiv gegenüber. Die Tatsache, dass die „Energieinsel“ für die SWS kein brauchbares Geschäftsmodell sei bedeute nicht, dass Sie als solche gestorben sein müsse. Es könnte ja auch ein anderer Anbieter interessiert sein, z.B. Pfalzwerke. Außerdem sieht auch er dort eine Perspektive für das Betanken von Elektrofahrzeugen.

Der Vorsitzende erklärt, eine Großflächensolaranlage sei dort geprüft worden. Unter einer solchen Anlage sei nicht unbedingt eine diversifizierte Ökologie zu erwarten. Wenn man dort eine großflächige Versiegelung vornehme um eine Ladestation zu installieren und einen Shuttle-Service einzurichten, dann stelle sich naturschutzfachlich die Frage, ob man in diese Richtung gehen könne. Die laufende naturschutzfachliche Untersuchung sei entscheidend, ob diese Nutzung überhaupt in Frage komme.

Der Ausschuss für Konversion nimmt die Information zur Kenntnis.

Gegenstand: Sachstand zur Konversion der Kurpfalzkasernen und Bericht des Oberbürgermeisters zu aktuellen Entwicklungen hinsichtlich der Erstaufnahmeeinrichtung des Landes

Der Vorsitzende gibt einen Überblick über die gegenwärtige Nutzung und erläutert, welche Flächen die Stadt gerne nutzen würde, welche Flächen das Land zur Verfügung stellen wolle und welche es selbst nutzen wolle. Das Land habe beschlossen, die AfA unbefristet in Speyer zu beizubehalten und deren Kapazität zu erweitern. Diese Entscheidung werde er nicht hinterfragen. Das Land entscheide in eigener Zuständigkeit. Die Einrichtungen in Ingelheim und Birkenfeld würden geschlossen. Einige Flächen würden sowohl von der Stadt, als auch vom Land beansprucht. Die Stadt habe Alternativen vorgeschlagen. Diese Vorschläge seien alle auf Widerstand gestoßen. Ministerin Spiegel habe jedoch in einem Schreiben mitgeteilt, dass sie die Vorschläge der Stadt nochmal prüfen werde. Am 19. Oktober werde es auf Arbeitsebene ein Gespräch geben, an dem auch Furu teilnehmen werde. Er gehe davon aus, dass die Beteiligten dem Wunsch folgen würden, sowohl die AFA zu bedienen, als auch eine wirtschaftlich sinnvolle Nutzung für die BIMA zu finden und der Stadt Speyer ein Entwicklungspotential zu belassen. Wenn auf keine der vorgeschlagenen Alternativen eingegangen werde, dann hätte die Stadt keine Fläche, die sich jetzt zu einer Entwicklung anbiete.

Dr. Wilke kritisiert diese Entwicklung. Die Ministerin stamme aus Speyer, sei einmal Stadtratsmitglied gewesen und müsse die Verhältnisse kennen. Sie müsse wissen, wie wichtig für Speyer, mit seiner kleinen Gemarkung, diese Entwicklungsperspektive in der Kurpfalzkasernen wäre. Ingelheim sei seiner Erinnerung nach schon immer Erstaufnahmeeinrichtung des Landes gewesen, sogar die älteste, die dieses Land überhaupt habe. Sie jetzt zu schließen und stattdessen in Speyer anzusiedeln, das sei schon eine Provokation. Dagegen vorgehen könne man in keiner Weise, das müsse man dulden hinnehmen. Aus seiner Sicht sei das kein schöner Umgang des Landes mit Speyer.

Der Vorsitzende antwortet, ihm sei glaubhaft versichert worden, dass es sehr viel mehr Geld erfordern würde, den baulichen Zustand in Ingelheim in den Status zu bringen, der in Speyer vorherrsche. Deswegen würde man sich aus Kostengründen lieber für Speyer entscheiden.

Der Ausschuss für Konversion nimmt die Information zur Kenntnis.

4. Sitzung des Ausschusses für Konversion der Stadt Speyer am 28.09.2017

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 3

Gegenstand: Verschiedenes

Nachdem seitens der Ausschussmitglieder keine Themen vorgebracht werden, beendet der Vorsitzende die Sitzung.

4. Sitzung des Ausschusses für Konversion der Stadt Speyer am 28.09.2017



4. Sitzung des Ausschusses für Konversion 28.09.2017 **Hansjörg Eger**

Hinweis: Diese Seite bitte nicht löschen! Enthält wichtige Seriendruck-Platzhalter für das Gesamtdokument!